

## MESTERS MEINUNG



## DIE NACHRICHTEN KOMMENTIEREN

Das Rauchen soll teurer werden

## Letzte Hoffnung Steinbrück

Es ist absehbar, dass Deutschlands Raucher sich weiter warm anziehen müssen. Nach dem (löchrigen) Rauchverbot in Kneipen und öffentlichen Gebäuden setzt die Bundesregierung ihren Feldzug gegen das Qualmen fort. Und geht es nach der Drogenbeauftragten, wird diesmal dort angesetzt, wo es wirklich jedem weh tut: beim Geld.



Hagen Strauß (Berlin)

Zigaretten sollen deutlich teurer werden, das ist das vorrangige Ziel. Raucher werden sich erneut gegängelt und bevormundet vorkommen, weil sie einmal mehr gezwungen werden sollen, sich das Qualmen abzugewöhnen. Mag sein, dass sie gefühlt sogar Recht haben. Doch mit Blick auf die Prävention ist das der richtige Weg: Obwohl es weniger geworden sind, greifen immer noch viel zu viele Jugendliche zur Zigarette. Um sie geht es doch primär, und sie reagieren aufgrund ihres geringen Einkommens besonders sensibel auf drastische Verteuerungen. Bestes Beispiel sind die Alkopops: Seitdem die Schnaps-

mischungen besteuert werden und sich ihr Preis erhöht hat, sind die gefährlichen Mix-Getränke unattraktiver geworden. Auch wenn der Trend zum Koma-Trinken dadurch nicht gebrochen werden konnte, die Maßnahme war richtig; sie ist ungleich effektiver gewesen als alle Appelle an die Vernunft des Einzelnen.

Die Drogenbeauftragte muss allerdings wissen: Will sie an der Tabaksteuerschraube drehen, legt sie sich mit dem Finanzminister an. Höhere Steuern heißt gleich weniger Raucher, und das bedeutet geringere Einnahmen für den Fiskus. Die Hoffnung für die Raucher hat deshalb einen Namen: Peer Steinbrück.

## POLITISCHES BUCH

## Die Kluft wird breiter

Harald Wozniowski, promovierter Jurist und Fachanwalt für Bank- und Insolvenzrecht aus Frankfurt, spricht in seinem Buch die wirtschaftlichen Verlierer in Deutschland an – also eigentlich uns alle. Denn nach seiner Rechnung gehören 95 Prozent der Deutschen zu den Verlierern. Die zunehmende Ungleichheit und die immer breiter werdende Kluft zwischen den Superreichen und dem Rest der Gesellschaft ist das Thema dieses Querdenkers, der sein Buch bemerkenswerterweise im Selbstverlag herausgeben muss. Wozniowski geht der Frage nach, warum es trotz des Aufschwungs wirtschaftlich für breite Kreise immer weiter bergab geht. Wer dieses Phänomen begreifen will, müsse sich die Einkommenskonzentration ganz oben ansehen, sagt er, und kommt in seiner Analyse zu völlig anderen Ergebnissen als unsere Wirtschaftsweisen und Politiker. Unsere Wirtschaftsverfassung kranke an einem „modernen Feudalismus“, den er etwas abern „Meudalismus“ nennt. Kern der Aussage: In immer rasanterer Geschwindigkeit sammeln sich gigantische Geldmengen in den Händen weniger Superreicher an – Geld, das dem Großteil der Gesellschaft entzogen wird, nicht nur dem unteren Drittel, sondern auch der Mittelschicht, vielen Unternehmen und dem Staat.

Wozniowski macht es den Lesern mit seinen Darstellungen finanztechnischer Details nicht immer leicht. Dafür aber wird es vor allem in der zweiten Hälfte des Buchs richtig spannend. Wer weiß denn schon, was es bedeutet, ein Vermögen

von jeweils 16 Milliarden Euro anzuhäufen, wie es den Albrecht-Brüdern (Aldi) nachgesagt wird. Bei einem Achtstundentag und 230 Tagen Arbeit im Jahr müssten sie dafür 40 Jahre lang einen Stundenlohn von rund 450 000 Euro beziehen – freilich mit dem Höchstlohn von 48,5 Prozent besteuert. Nach dieser Berechnung bringen es die 300 reichsten Deutschen, unter denen auch einige Aachener Größen zu finden sind, auf einen Durchschnittslohn von knapp 37 000 Euro. Diese gigantische Vermögensanhäufung bei wenigen habe eine sich ausweitende Armut zur Folge, die zusätzlich die Konjunktur bremse.

## Die Therapie

Historisch habe es solche „feudalistischen“ Entwicklungen häufig gegeben – geendet hätten sie bislang stets in Revolutionen, Revolutionen und Kriegen. Er bietet einen anderen Lösungsansatz und fordert eine Beschränkung gewinnbringender Geldvermögen. Dass diese Idee nicht aufgegriffen wird, überrascht nicht. Dass alle anderen Maßnahmen – angefangen von der Senkung der Personalkosten über Mindestlohn bis hin zum bedingungslosen Grundeinkommen – untauglich sind, leuchtet nach Lohnenswerter Lektüre ein.

Gerald Eimer

Harald Wozniowski: „Wie der Nil in der Wüste – Der moderne Feudalismus in Deutschland.“ Books on Demand, ISBN 978-3-8334-9717-9, 208 Seiten, 24 Euro

## ANSICHT

„Wenn man von den Leuten Pflichten fordert und ihnen keine Rechte zugestehen will, muss man sie gut bezahlen.“

JOHANN WOLFGANG VON GOETHE (1749-1832), DEUTSCHER DICHTER

## Freund oder Gegner der Nation

In der Türkei kann man nur eines von beidem sein. Weil sie sich kritisch äußert, wird die Friedenspreis-Trägerin Eren Keskin mit Klagen überhäuft. Sie plädiert für Meinungsfreiheit.

VON REDAKTIONSMITGLIED  
CHRISTIAN REIN

AACHEN. Wirklich sicher sein kann sich Eren Keskin nie. Sicher sein, dass man sie gehen, reisen lässt, ins Ausland. Wo sie sich der Kontrolle entziehen könnte und den Verfahren, die in den immer gleichen Anklagepunkten gegen sie angestrengt werden. Sie gefährde die Einheit der Türkei, heißt es dann, oder sie verunglimpfe das Türkentum und die Türkei. Dabei will Eren Keskin sich gar nicht entziehen, sie will nicht weglaufen, und sie will sich nicht verstecken. Aber sie will ihre Meinung äußern dürfen, frei, in ihrem Land, über die Situation dort. Sie will Dinge, die passieren, kritisch hinterfragen und Missstände anprangern dürfen. Eren Keskin ist Menschenrechts-Aktivistin.

Dieses Mal ließ man sie die Kontrolle am Flughafen passieren. Sie ist nach Aachen gekommen, um

„Staatsanwälte lesen die Zeitung und suchen nach Aussagen, die sie anklagen können.“

EREN KESKIN ÜBER  
STAATLICHE REPRESSION

an der Feier zum 20-jährigen Bestehen des Aachener Friedenspreises teilzunehmen. Und damit der Initiative ihre Aufwartung zu machen, die 2004 ihr eigenes Engagement gewürdigt hat. Ein Engagement, das bis heute ungebrochen ist. Deshalb lässt sich Keskin auch nicht einschüchtern. Im Gespräch mit den „Nachrichten“ äußert sie sich über die jüngsten Entwicklungen in Sachen Menschenrechte in der Türkei.

Die Diskussion wird derzeit bestimmt von der Reform des Strafrechts-Paragrafen 301, mit dem die „Verunglimpfung des Türkentums und der Türkei“ unter Strafe gestellt und so die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird. Keskin war im März in Istanbul erneut auf Grundlage dieses Paragrafen zu sechs Monaten Haft verurteilt worden. Das Verfahren ging in die Berufung. Ende April hat das türkische Parlament nun eine Reform des Paragrafen beschlossen. Was jetzt unter Strafe gestellt wird, ist die Verunglimpfung der türkischen Nation und des türkischen Staates, nicht aber die des Türkentums. Für ein Verfahren ist außerdem die Zustimmung des Justizministers notwendig. Das Strafmaß wurde von drei auf zwei Jahre gesenkt. Keskin sagt, das sei bloß „Schminke für die EU“.

Die türkische Nation – ein Gebilde zwischen Laizismus und Islam, zwischen Universität und Moschee, zwischen Frauen mit wehenden Haaren und Frauen mit Kopftuch, zwischen der Metropole Istanbul und den Dörfern Ostanatoliens, zwischen EU-Beitrittsver-



Seit über 20 Jahren engagiert für Menschenrechte in der Türkei: Rechtsanwältin und Friedenspreisträgerin Eren Keskin. Foto: Harald Krömer

handlungen und dem Kampf gegen kurdische Rebellen. Die türkische Nation – gebaut vom Militär, auf einer Verfassung, die die Generäle nach ihrem Putsch 1980 diktiert haben, von Männern, die in der patriarchalischen Gesellschaft nach wie vor den Ton angeben.

Eren Keskin, geschminkt, mit aufwändig frisiertem Haar und im ärmellosen Oberteil, hat nichts gegen Frauen, die Kopftuch tragen. „Das muss jede für sich entscheiden“, sagt sie. Aber vielleicht ist auch gerade das das Problem der Türkei: Es gibt das real existierende Nebeneinander von Kopftuch und offenem Haar, von Moschee

und Universität. Aber es gibt starke gesellschaftliche Gruppen, die dieses Nebeneinander nicht gerne sehen, die ein Entweder – Oder wollen. Man kann nur dafür oder dagegen sein. Ein Freund der Nation oder ein Gegner.

Während man als diese Gruppen vordergründig konservative Muslime identifizieren möchte, macht Keskin sie ganz woanders aus. Eben im Militär und unter den Anhängern des Patriarchats. „Wann wurde denn der Islamunterricht an Schulen eingeführt? Wann wurde denn die Grundlage für die große Rückkehr zum Islam gelegt?“ fragt Keskin und antwort-

tet selbst: „Nach dem Militärputsch von 1980.“ Genau deshalb, weil sie zum wiederholten Mal den Einfluss des Militärs auf die türkische Politik kritisiert hatte, ist sie im März verurteilt worden.

Doch Keskin kann nicht nur benennen, welche Gruppen dafür verantwortlich sind, dass es in der Türkei noch immer keine Meinungsfreiheit gibt und die Reform des Paragrafen 301 nur ein bisschen „Schminke“ ist. Sie kann auch einen Grund angeben. Wenn die grundsätzlichen Brüche in der türkischen Gesellschaft wirklich geheilt würden, wenn ein wirkliches Nebeneinander möglich wäre, wie es in intakten Demokratien der Fall ist, wenn es Meinungsfreiheit, Offenheit, Toleranz und Frieden gäbe, dann würde das Militär seinen Einfluss verlieren.

Deshalb sei das Militär, sagt Keskin, daran interessiert, dass Konflikte bestehen bleiben. Etwa in Kurdistan: „Nehmen wir an, die

„Die Türkei hat ein autoritäres und totalitäres staatliches System.“

EREN KESKIN ÜBER DIE  
ROLLE DES MILITÄRS

PKK würde die Waffen niederlegen und das Gespräch suchen. Das Militär würde das gar nicht wollen, weil Frieden in Kurdistan ihm ein Stück von seiner Macht und seines Einflusses nimmt. Deshalb ist das Militär daran interessiert, die Spirale von Gewalt und Gegengewalt aufrechtzuerhalten.“

Ob Eren Keskin bei ihrer Rückkehr in die Türkei jünger eine Anklage erwartet, kann sie nicht sagen. Aber sie wird zurückkehren. Sie wird weiter darum kämpfen, ihre Meinung frei äußern zu können. Sie wird weiter fordern, dass der Paragraf 301 nicht nur reformiert, sondern abgeschafft wird. Sie wird weiter Dinge, die in ihrem Land passieren, kritisch hinterfragen und Missstände anprangern. Und auch wenn sie sich nie wirklich sicher sein kann, ob sie ausreisen darf: Einreisen darf sie immer. Das ist wohl selbst den Behörden lieber.

## Druck und Anklagen

► Eren Keskin ist 2004 mit dem Aachener Friedenspreis für ihren gewaltlosen Einsatz für die Menschenrechte in der Türkei ausgezeichnet worden. Der Preis, sagt die Rechtsanwältin aus Istanbul, sei für sie sehr wichtig gewesen. Zwar sei sie in der Türkei immer noch Repressionen ausgesetzt und werde immer wieder mit Anklagen konfrontiert. Aber die Ehrung habe ihr internationale Aufmerksamkeit beschert, die die Staatsanwälte zumindest vorsichtiger werden lässt. (chr)

## Höhn: Spekulanten treiben Spritpreise hoch

Grünen-Fraktionsvize äußert im AN-Interview die Erwartung, dass der Liter Benzin bald zwei Euro kostet.

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN  
HAGEN STRAUSS

BERLIN. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, Bärbel Höhn, macht Spekulanten für den hohen Spritpreis mitverantwortlich. Es sei nur noch eine Frage der Zeit, bis Autofahrer zwei Euro für den Liter bezahlen müssten, sagte die Expertin für Umwelt und Verbraucherschutz und frühere NRW-Ministerin im Gespräch mit unserer Zeitung.

Frau Höhn, an der Tankstelle jagt ein Preisschock den anderen. Werden die Spritpreise überhaupt noch mal spürbar sinken?

Höhn: Damit ist auf Dauer nicht zu rechnen. Es ist deshalb nicht mehr die Frage ob, sondern wann der Autofahrer zwei Euro pro Liter Sprit zahlen muss.

Wann ist es denn soweit?

Höhn: Die Nachfrage wird immer größer, das Angebot immer geringer, ein Ölpreis von 200 Dollar pro Barrel wird aus Sicht von Experten eher erreicht werden als bisher an-

genommen. Die Autofahrer tun also gut daran, sich auf weiter steigende Spritpreise einzustellen. Jetzt rächt sich natürlich, dass die Automobilindustrie nicht rechtzeitig auf spritsparende Autos umgestellt hat.

Der hohe Ölpreis hat aber nicht nur etwas mit der Knappheit zu tun. Höhn: Richtig. 20 bis 30 Prozent des Ölpreises sind Gewinne von Spekulanten. Der Liter Sprit kostet deshalb mindestens 20 Cent mehr an den Tankstellen.

Was kann man dagegen tun? Höhn: Wir brauchen mehr Transparenz an den Börsen, wer welche Kaufrechte erworben hat. So können Spekulationsblasen frühzeitig erkannt werden, und der ganze Markt rennt nicht blind dem Trend hinterher. Falls das nicht reicht, muss man über Handelsrestriktionen für Spekulanten nachdenken. Auch eine Spekulationssteuer auf Ölgeschäfte ist denkbar. Das lässt sich aber nur international regeln. Die Bundesregierung muss die Entwicklung



Gegen eine zu hohe Pendlerpauschale: Bärbel Höhn, Umweltexpertin der Grünen. Foto: ddp

des Ölpreises und den Einfluss von Spekulanten zum Thema auf dem G8-Gipfel Anfang Juli in Japan machen.

Wie wäre es mit einer Abschaffung der Ökosteuer? Die Forderung hört man aus der CSU.

Höhn: Das ist scheinheilig, schließlich hat die CSU den Spritpreis selbst durch die Mehrwertsteuererhöhung in die Höhe getrieben. Im Übrigen gefährdet, wer die Ökosteuer abschafft, die Rentenversicherung und provoziert einen Anstieg der Lohnnebenkosten. Das würde gerade Arbeitnehmer belasten.

Kommt eine Anhebung der Pendlerpauschale für Sie in Frage? Das hat Rot-Grün ja mal wegen hoher Benzin- und Ölkosten gemacht. Höhn: Richtig wäre es, die Pendlerpauschale wieder auf dem ersten Kilometer zu zahlen. Sie aber hoch zu setzen, ist falsch. Mit einer hohen Pendlerpauschale provoziert man zusätzlichen Verkehr. Da wäre das Geld im Öffentlichen Nahverkehr besser angelegt.